

Unsere aktuelle Themenbörse

Abonnieren Sie den neuen Antworten-Newsletter!

Stellen Sie Ihre Frage
Wir recherchieren für Sie

Sie wollen schon heute wissen, was morgen Thema in unserer Zeitung wird? Abonnieren Sie unseren kostenlosen Antworten-Newsletter. Per E-Mail erfahren Sie, welche Themen auf den Antworten-Seiten stehen sollen. Dazu können Sie uns dann Ihre Fragen schicken. Melden Sie sich einfach an unter <http://bit.ly/1xTDRod>



In Irland feierten viele homosexuelle Paare den Ausgang des Volksentscheides.

Foto: dpa

Pro & Contra

Soll die Homo-Ehe kommen?

Ja, die Iren haben Recht

Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz von 2001 wurde Deutschland einst zur Vorreiterin der Gleichstellung. Die eingetragene Lebenspartnerschaft hat lesbischen und schwulen Paaren den Alltag deutlich erleichtert.

Doch ohne volle Gleichbehandlung bleibt selbst jedes Reden von Toleranz heiße

Luft. Homosexuellen Paaren fehlt noch so manches Stück zum Glück. Nach dem Vorbild anderer Länder wie Irland, Spanien oder Argentinien muss der deutsche Gesetzgeber endlich nachziehen und die Ehe für lesbische und schwule Paare öffnen. Eine Ehe für alle!

Im Deutschland des 21. Jahrhunderts ist es an der Zeit, homosexuellen Paaren dieselben Rechte zu gewähren wie heterosexuellen Paaren. Homosexuelle Frauen und Männer, die in festen Lebenspartnerschaften leben, übernehmen zusammen und füreinander Verantwortung, erziehen gemeinsam Kinder, pflegen einander im



Anja Piel, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag.

Alter. Wenn es für sie nur eine Ehe in Anführungszeichen gibt, wie es die eingetragene Lebenspartnerschaft ist, setzt das ihren Einsatz füreinander herab. Die Liebe und die Beziehungen homosexueller Menschen sind so unterschiedlich und vielseitig wie die heterosexueller Menschen. Solange sie rechtlich nicht gleich-

gestellt werden, bleiben aber die einen Paare solche zweiter Klasse.

Das Votum in Irland ist ein wichtiges Signal und kann die volle Gleichbehandlung in Deutschland beschleunigen. Wir Grüne stehen für eine Politik der Vielfalt. Vielfalt, die in Partnerschaften gelebt wird und rechtlich nachvollzogen werden muss.

Bislang scheidet die Homo-Ehe vor allem an Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Union. Doch warum sollte nicht auch mit den Christdemokraten und Christdemokraten möglich sein, was sogar im katholischen Irland eine Mehrheit will?

Nein, es geht um Kinder

Seit sich die Iren für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe ausgesprochen haben, ist auch hierzulande die Debatte um die vollständige Gleichstellung schwuler und lesbischer Partnerschaften mit der Ehe entbrannt. Ebenso schnell haben Befürworter gleichgeschlechtlicher Partnerschaften einen Schuldigen für die vermeintliche Diskriminierung homosexueller Beziehungen ausgemacht: Die CDU blockiert die Gleichstellung, heißt es nicht selten, hier und da schwingt gar der Vorwurf der Homophobie mit. Das ist blanker Unsinn.

Um es klar zu sagen: Die CDU setzt sich dafür ein, dass in Deutschland niemand auf Grund seiner sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Natürlich ist diese Diskussion nicht einfach, schon gar nicht für eine große christlich geprägte Volkspartei. Der Grund liegt im klassischen Ehe-Begriff, der für uns die Partnerschaft von Mann und Frau be-



Björn Thümler, Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag.

inhaltet. Mit der Ehe-Entscheidung geht die besondere Pflicht zur gegenseitigen Unterstützung einher – gerade weil nur aus der Verbindung von Mann und Frau Kinder hervorgehen können. Darin liegt der grundlegende Unterschied zur Lebenspartnerschaft, was nebenbei auch SPD und Grüne so gesehen haben, die die Ehe nicht für Homosexuelle geöffnet, sondern mit der Lebenspartnerschaft eine neue Institution ins Leben gerufen haben.

Dass nicht alle Ehepaare Kinder bekommen, muss der Staat in Kauf nehmen. Dennoch: Die Geburt und Erziehung von Kindern durch ihre Eltern sind ein Fundament unserer Gesellschaft – Ehe und Familie genießen deshalb zu recht den (grundgesetzlich festgeschriebenen) Schutz unseres Staates. Wer diese Differenzierung als Diskriminierung empfindet, verkennt, dass es unserem Staat nicht um eine Bewertung verschiedener Lebensentwürfe geht, sondern um sein ureigenes Interesse: seinen Fortbestand.

Online-Stimmen

Kinder wachsen in beiden Lebensformen gut auf

Unsere Leser diskutieren über die Gleichstellung der Homo-Ehe in Deutschland.

Ehe für alle. Es gibt keine Homo-Ehe. Bereits dieser Begriff stellt eine Diskriminierung dar. Es gibt ausschließlich die Rechtsform der „Ehe“ und diese muss allen Menschen offen stehen. Es ist gleichgültig, ob verschieden- oder gleichgeschlechtlich orientierte Menschen die Ehe miteinander eingehen wollen.

Es kommt darauf an, ob zwei Menschen dauerhaft füreinander einstehen wollen mit allen Rechten und Pflichten. Auch das Argument, dass gleichgeschlechtliche Paare keine Kinder bekommen können, ist angesichts der modernen Reproduktionsmedizin nicht zu halten. Kinder wachsen in beiden Lebensformen gut auf, wenn sie Zuwendung und Förderung erhalten. Kinder nehmen Schaden durch Vernachlässigung und Lieblosigkeit, dies hat jedoch mit der sexuellen Orientierung ihrer Eltern nichts zu tun.

Sybille Mattfeldt-Kloth, Helmstedt

Wer sich liebt. Traurig, dass man über so was überhaupt noch diskutieren muss. Wer sich liebt und heiraten möchte, sollte das auch dürfen!

Dominik Burgdorf (via Facebook)

Tolerantes Land: Ich find' es unglaublich, dass es bei uns in Deutschland die Homo-Ehe nicht gibt ... denke wir sind so ein tolerantes Land und dann wird darüber diskutiert ... bitte was?!?! Wer sich liebt, soll auch heiraten dürfen ... schließlich sind wir alle gleich und sollten auch alle so behandelt werden.

Annika Leipzig (via Facebook)

Kein Adoptionsrecht! Gleichgeschlechtliche Partner erfüllen nicht die Voraussetzungen der Ehe, die unser Grundgesetz meint. Man vergleiche solche Partnerschaft mit dieser Situation: Behinderte und pflegebedürftige Eltern vereinbaren mit einem ihrer Kinder, dass sie oder er sie ganz-tätig pflegt.

Dieser Person entgehen für die Sozialversicherung beitragsfähige Berufsjahre. Hier könnte ein Ausgleich über einen späteren Rentenbetrag als gerecht angesehen

werden. Auf solcher Basis könnte eine eingetragene Partnerschaft, zu der man sich zu gegenseitiger Hilfe verpflichtet, ebenfalls eingestuft werden. Das Einräumen des steuerlichen Splitting-Verfahrens und erst recht das Adoptionsrecht sollte Gleichgeschlechtlichen nicht gewährt werden.

Das Eheleben von Mann und Frau birgt in jeder Hinsicht größere Risiken, als Gleichgeschlechtliche sie schultern müssen. Zur Adoption ist zu beachten: jedes Kind braucht, als elterliche Leitperson, eine Frau und einen Mann. Schließlich sollte ein Kind, auch in der Situation der zweitbesten Lösung, nämlich der Erziehung durch Adoptionseltern, ein Bewusstsein erhalten, das voll zu späterer Elternschaft vorbereitet ist.

Heribert Stallmeister, Wolfsburg

Warum nicht? Warum sollten sie auch nicht heiraten dürfen! In welchem Jahr leben wir denn? Jeder sollte seinen Weg gehen können!

Iris Lopes (via Facebook)

Absolut dafür. Ich bin absolut für die „Homo-Ehe“. Wir leben im modernen, digitalisierten, fortschrittlichen 21. Jahrhundert, wo sich diese Frage nach dem ob überhaupt nicht mehr stellen dürfte. Ich bin überzeugt, dass ein Großteil der gleichgeschlechtlichen Ehen länger Bestand hätte als so manche „Hetero-Ehe“ es aktuell hat. Das würde die Scheidungsstatistik deutlich zum Positiven beeinflussen.

Katja Hagedorn, Braunschweig

Nicht gut. Ich finde es nicht gut.

Jörg Ahrens (via Facebook)

Dafür! Die Ehe ist eine rechtliche bzw. moralische/religiöse Instanz. Zwischen welchen Partnern nun eine solche eingegangen wird, ist folglich doch völlig egal, schadet niemandem und braucht letztlich auch niemanden zu interessieren. Seltsam, dass sich die Union hier so schwer tut, aber absurden Scheiß wie Gender-Mainstreaming teilweise begeistert mit durchwinkt.

Olli Arcano (via Facebook)

Auch die doppelte Lebenspartnerschaft soll künftig strafbar sein

Minister Maas will homosexuellen Paare nicht nur mehr Rechte gewähren. Ihnen drohen auch die gleichen Strafen bei Bigamie.

Von Christian Kerl

Berlin. Das klare irische Votum für die Homo-Ehe stärkt auch in Deutschland die Befürworter einer Reform. Als erstes EU-Land hatte das katholisch geprägte Irland am Freitag in einer Volksabstimmung eindeutig für die völlige Gleichstellung der Ehe gleichgeschlechtlicher Paare gestimmt.

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen homosexuelle Paare nicht nur etwas mehr Rechte

bekommen als bisher – ihnen drohen künftig auch die gleichen Strafen bei Bigamie wie Eheleuten. Einen entsprechenden Gesetzentwurf von Justizminister Heiko Maas (SPD), der unserer Zeitung vorliegt, will das Bundeskabinett heute beschließen. Danach droht nun nicht mehr nur für Doppelhehen, sondern auch für doppelte Lebenspartnerschaften eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Bestraft werden auch Eheleute, die neben-

her eine Lebenspartnerschaft begründen wollen, oder umgekehrt Personen, die aus einer solchen Partnerschaft heraus eine Ehe schließen. Die Änderung des Strafgesetzbuches ist Teil eines Pakets, das eingetragene Partnerschaften rechtlich stärker an die Ehe heranführen soll. Justizminister Heiko Maas (SPD) sagte unserer Zeitung: „Wir werden in 23 verschiedenen Gesetzen und Verordnungen die Vorschriften für die Ehe auf Lebenspartnerschaften

ausdehnen.“ Dabei geht es beispielsweise um das vorrangige Recht, in den Mietvertrag des verstorbene Lebenspartners einzutreten, oder um den Anspruch auf ein Ehesfähigkeitszeugnis, wenn die Lebenspartnerschaft im Ausland begründet werden soll.

Allerdings lässt das Justizministerium in der Kabinettsvorlage und in der Gesetzesbegründung keinen Zweifel, dass die Reform insgesamt eher geringe Bedeutung haben wird: „Es handelt sich hier-

bei im Wesentlichen um redaktionelle Änderungen von Vorschriften von geringerer praktischer Bedeutung“, heißt es gleich mehrmals. Von einer „Homo-Ehe light“ kann kaum die Rede sein.

Der Grünen-Innenpolitiker Volker Beck kritisierte den Entwurf deshalb als völlig unzureichend. Minister Maas betonte, es handle sich nur um einen „weiteren Schritt“ auf dem Weg zur umfassenden Gleichstellung – diese müsse weitergehen: „Bestehende

Diskriminierungen müssen beendet werden.“ Weitergehende Änderungen, etwa beim Adoptionsrecht, hatten die Unionsfraktion und unionsgeführte Ministerien intern abgelehnt. CDU-Vize Thomas Strobl verwies auf den Koalitionsvertrag und erteilte auch Forderungen nach einer fraktionsübergreifenden Bundestagsinitiative eine Absage. Auch Maas hat bereits erklärt, in der Großen Koalition sei das volle Eherecht für Homo-Paare schwer realisierbar.